



Heitlinger: Hauk muss den Verbrauchern reinen Wein einschenken anstatt Schönwetterpolitik zu betreiben

Zu dpa lsw - Hauk: Bioprodukte schneiden beim Ökomonitoring erneut sehr gut ab.

Heitlinger: Hauk muss den Verbrauchern reinen Wein einschenken anstatt Schönwetterpolitik zu betreiben

Ein großes Manko des Biolandbaus ist dessen geringe Flächennutzungseffizienz

Zur Meldung, dass die Bio-Ernährung nach Einschätzung von Agrarminister Hauk auch im vergangenen Jahr deutlich an Popularität gewonnen habe, sagt der agrarpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Georg Heitlinger:**

„Minister Hauk muss den Verbraucherinnen und Verbrauchern reinen Wein einschenken anstatt Schönwetterpolitik zu betreiben. Wenn er behauptet, dass Bio-Lebensmittel ‚boomen‘, dann blendet er die aktuellen Entwicklungen aufgrund der Ukraine-Krise aus. Bioläden und Bio-Supermärkte haben in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich weniger Ware als im Vorjahreszeitraum verkauft. Ursachen sind der Krieg in der Ukraine und die dadurch steigenden Kosten für Energie und damit auch für Lebensmittel allgemein.“

Ein großes Manko des Biolandbaus ist außerdem dessen geringe Flächennutzungseffizienz. Darauf habe ich die Landesregierung bereits vor der Ukraine-Krise hingewiesen. Damit sind Bio-Lebensmittel in Sachen Klimaschutz nicht per se konventionellen Lebensmitteln überlegen. Fehlende Erträge müssen in anderen Teilen der Welt produziert werden. Mehr Ökolandbau erhöht also auch unsere Abhängigkeit von Lebensmittelimporten und verschärft die angespannte globale Situation der Nahrungsmittelversorgung. Angesichts der Tatsache, dass sich aufgrund des Ukraine-Kriegs eine weltweite Hungerkrise anbahnt, können wir uns einen solchen Luxus keine Sekunde länger leisten. Es ist höchste Zeit jetzt alle

erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit Baden-Württemberg seinen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit leisten kann. Auch dies muss Minister Hauk den Verbraucherinnen und Verbrauchern ehrlich sagen.

Wenn wir Ernährungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Artenschutz und Tierwohl voranbringen und die heimische Landwirtschaft erhalten wollen, dürfen wir nicht länger in Sparten wie konventionell oder öko denken. Wir müssen die Wirtschaftsweise wählen, die diesen Zielen am besten gerecht wird.

Die Landesregierung muss ihre ideologiegetriebenen Ziele wie den Anteil der ökologischen Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent bis 2030 auszubauen, neu bewerten – strikt wissenschaftlich und mit Folgeabschätzungen für die Nahrungsmittelversorgung im globalen Kontext. Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen an der Ladentheke keine Zwangsbeglückung, sondern Transparenz und Wahlfreiheit.“